

# Rede zum Haushaltsjahr 2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mittelbach,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

heute, am 09. Februar 2023, verabschieden wir den Haushalt für das laufende Jahr. Und um es vorwegzunehmen; Wir stimmen dem Haushalt zu. Nun ist das erste Quartal schon fast halb vorbei und wir beschließen heute erst den Haushalt. Als nächstes folgt die Anzeige bei der Kommunalaufsicht und irgendwann, in einigen Wochen oder Monaten – hoffentlich – die Genehmigung. Erst dann können wir mit der Umsetzung von heute geplanten oder beschlossenen Maßnahmen beginnen.

Es gibt gute Gründe, warum Bürgermeister und Kämmerer den Haushaltsplan erst so spät eingebracht haben. Aber es drängt sich die Frage auf, ob die Verwaltung alle vorgesehenen Maßnahmen vom Zeitpunkt der Genehmigung bis zum Jahresende überhaupt noch umsetzen kann oder ob nicht von vorneherein Maßnahmen gestrichen oder geschoben werden sollten. Dies würde einerseits zu einer Entlastung des laufenden Haushaltes führen und käme andererseits auch den personellen Möglichkeiten der Verwaltung entgegen. Jedoch dürfen wir die großen Ziele; Dicker Dören, Feuerwehr, Innenstadtconcept, IGA 2027 nicht aus den Augen verlieren, auch wenn derzeit in der Verwaltung nicht

ausreichend Personal vorhanden ist. Ich komme darauf noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt zurück.

Die Städte im Vest waren in puncto Haushaltskonsolidierung auf einem guten Weg. Jedoch entfallen immer noch auf 15 Städte in NRW, darunter sind auch wir, 43 Prozent der aufgelaufenen kommunalen Altschulden. Seit Jahren fordern wir eine Altschuldenlösung. Angekündigt ist sie in den Koalitionsverträgen sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Passiert ist bislang nichts.

Da im Bund eine Verfassungsänderung nötig wäre und gerade die südlichen Bundesländer nicht mitspielen, müsste das Land jetzt vorangehen und initiativ werden.

Angesichts steigender Zinsen kommt es auf jeden Monat an. Jetzt rächt es sich, dass Bund und Land sich nicht in „guten Zeiten“ auf eine Altschulden-Lösung einigen konnten.

Das passende Zeitfenster, um eine Regelung zu finden, ist erst einmal vorbei. Chance vertan.

Hier hat die schwarz-grüne Landesregierung geschlafen. Bis heute sind keine Anstrengungen zu erkennen, um den Kommunen zu helfen. Und dies, obwohl es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Aber was kümmert das Land schon sein Geschwätz von gestern. Allein Corona, Ukraine- Flüchtlinge, explodierende Bau- und Energiekosten reichen schon aus, um die Haushalte zu sprengen.

Jedoch: alles Jammern hilft nichts. Wir müssen unsere Situation selbst gestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir einen kurzen Diskurs: wenn Bürgerinnen und Bürger Probleme in der Stadt sehen, an wen wenden Sie sich

zuerst? - An uns Kommunalpolitiker oder den Bürgermeister. Wenn wir diese Probleme nicht lösen können, stehen wir vor den Bürgerinnen und Bürgern und in der Öffentlichkeit als unfähige Politiker dar. Dies auch wenn wir die Probleme gar nicht verursacht haben, sondern diese aus Gesetzen, die vom Bund oder vom Land erlassen wurden, resultieren. Ein Beispiel ist aktuell das Bundesteilhabegesetz. Inklusion ist nicht mehr wegzudenken, und wir haben schon viel erreicht. Die Rahmenbedingungen und Standards werden von Bund und Land gesetzt.

Finanzieren müssen dieses am Ende die Kommunen.

Was ich damit sagen möchte, ist, dass sich hier vor Ort zeigt, ob Demokratie funktioniert. Es ist unsere kommunalpolitische Aufgabe, den Menschen das Gefühl zu vermitteln, dass sie mit ihren Problemen nicht allein gelassen werden. Wenn sie schon hier enttäuscht werden, wo sie doch den Bürgermeister oder das Ratsmitglied persönlich kennen, wieso sollten sie dann noch Düsseldorf oder Berlin glauben, dass dort etwas für sie geregelt wird. Demokratie findet vor Ort statt. Und in der Kommune entscheidet sich, ob die Menschen sich ernst genommen fühlen oder nicht. Daher ist es unabdingbar, dass alle Kommunen wieder handlungsfähig werden. Dies ist kein Betteln um Almosen sondern der Ruf nach einer gerechten Kostenteilung.

Die Instrumente, die uns die schwarz-grüne Landesregierung an die Hand gegeben hat, sind reine „Taschenspielertricks“ wie es Halterns Kämmerer nannte. Städte und der Kreis haben die Möglichkeit, Corona- und Ukraine-Kosten aus der Bilanz zu isolieren und dann über viele Jahre abzuschreiben. Das nimmt zwar aktuell Druck aus dem Kessel, ist aber unter dem Strich nur eine

Verschiebung der Lasten auf die Zukunft und schränkt unsere künftigen Handlungsmöglichkeiten nur noch mehr ein.

Das Land will wissen, was wir selbst tun können. Als gesetzlich verpflichtende Hausaufgabe müssen wir ein Haushaltssicherungskonzept verabschieden. Nachdem wir 30 Jahre lang alles durchforsten mussten, um Sparpotentiale aufzuspüren kann man doch jetzt nicht auf einmal von uns erwarten, dass wir den Dukatenesel finden. Wir sind nahezu blank.

Unsererseits haben wir jedoch Erwartungen an die übergeordneten Behörden und kommunalen Einrichtungen. Der Kreis Recklinghausen, dies ist auch aus Sicht der SPD-Fraktion einzuräumen, verhält sich kommunalfreundlich. Der Kreisdirektor gab an, dass die Zahlen, die dem Kreis jetzt auf dem Tisch liegen, die „wahre dramatische Lage der Kommunen“ widerspiegeln und das solle auch genauso bei der Landesregierung ankommen.

Dass es für uns am Ende nicht ganz so schlimm wird, dazu konnte der Kreis beitragen. Die Bürgermeister hatten die Erwartung geäußert, dass der Kreis noch tiefer als geplant in seine Rücklagen greift, um den Städten zu helfen. Die gemachten Zusagen werden eingehalten, die Kreisumlage, eine nach wie vor bestimmende Größe in unserem Haushalt, bewegt sich in dem vereinbarten Rahmen.

Doch obwohl uns der Kreis nach besten Mitteln unterstützt, reagieren einige Gemeinden mit Steuererhöhungen. Welche Rolle spielt dabei der Landschaftsverband Westfalen-Lippe?

Dieser hat angekündigt, die Landschaftsumlage in den nächsten Jahren immer weiter anzuheben. Wir haben die Erwartung, dass der LWL künftig auch seine allgemeine Rücklage bis auf einen Euro reduziert. Man kann sich zurecht die

Frage stellen, wofür eine Kommune, ein Kreis, ein Landschaftsverband überhaupt mehr als einen Euro Eigenkapital vorhalten soll. Aufgrund der vom Gesetzgeber vorgegebenen Aufgabenstellung macht das gar keinen Sinn. Während Städte wie wir ihr Eigenkapital schon längst aufgebraucht haben und als überschuldet gelten, hält der LWL zu seiner eigenen Finanzierung weiterhin beide Hände auf und denkt nicht im Traum daran, sein Eigenkapital einzusetzen. Er wird in manchen Rathäusern schon als „Totengräber der Kommunalfinanzen“ gescholten.

So geht das nicht weiter, meine Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die schlechten Nachrichten reißen nicht ab. Inflation, Krieg, Pandemie, Lieferengpässe, Personalengpässe, Energiekrise, Klimakrise usw. belasten die kommunalen Haushalte außerordentlich.

Wie vor schon genannt, haben sich einige Städte, insbesondere auch aus dem Kreis Recklinghausen, entschieden, ihre Grundsteuern zu erhöhen. Eine solche Entscheidung führt nicht nur zu einer weiteren Belastung der Bürgerinnen und Bürger, sie treibt auch die Inflation weiter an. Solche Maßnahmen führen außerdem dazu, dass Land und Bund ihrer Verantwortung zur Entlastung der Städte weiterhin nicht nachkommen müssen. Vor diesem Hintergrund bin ich froh, dass sich unsere Verwaltung dazu entschieden hat, weitere Steuererhöhungen nicht vorzuschlagen. Im Umkehrschluss führt dieser Verzicht auf Mehrerträge natürlich auch zu einer Einschränkung unserer kommunalen Handlungsmöglichkeiten. Dies muss uns allen bewusst sein. Daher ist es umso wichtiger, in allen Bereichen, die einer Einflussnahme durch die Politik unterliegen, Prioritäten zu setzen.

Die SPD-Fraktion verzichtet daher für den kommenden Haushalt darauf, teure neue Maßnahmen zu beantragen. Lediglich die Möglichkeit, vom Marktplatz kommend auch nach links auf die Straße Am Moselbach abbiegen zu können, sollte in diesem Jahr im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger unbedingt umgesetzt werden. Dafür haben wir 30.000 € beantragt. Die derzeitige Situation ist unhaltbar und sie verschlimmert sich in jedem Jahr zur Weihnachtszeit, wenn hinter der Stadthalle das Weihnachtsdorf aufgebaut wird. Es hilft niemandem, wenn die bestehende Verkehrssituation ideologisch diskutiert wird, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Lassen Sie uns diese Aufgabe sachlich anpacken.

Meine Damen und Herren, die Planungen zum Bau einer neuen Feuer- und Rettungswache nehmen glücklicherweise an Fahrt auf. Die SPD-Fraktion wird den Prozess positiv begleiten und darauf achten, dass zügig die notwendigen Beschlüsse zur Schaffung von Baurecht und zur Planung getroffen werden. Der Finanzierungsrahmen von rund 30 Mio. € ist eine Herausforderung der wir uns stellen müssen. Feuer- und Rettungsdienst sind Pflichtaufgaben, die künftig eine immer größere Bedeutung bekommen werden. In diesem Zusammenhang sollten wir gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um das Ehrenamt, ohne das eine Feuerwehr wie Waltrop nicht auskommen kann, weiter zu fördern. Aufgabe der Verwaltung ist es, die Anwohnerinnen und Anwohner, insbesondere der Plauener Straße und der Recklinghäuser Straße bezüglich des Bauvorhabens zu beteiligen und umfassend zu informieren.

Knapp die Hälfte der Menschen im Kreis Recklinghausen haben Angst, dass sie sich eine Wohnung oder ein Haus bald nicht mehr leisten können. Ergab eine Umfrage, die von der SPD Landtagsfraktion in Auftrag gegeben wurde.

Steigende Baupreise, mangelndes Material, zu wenig Handwerker, steigende Zinsen erschweren derzeit das Errichten neuer Wohnungen. Aus diesem Grund

hat sogar Deutschlands größtes Wohnungsunternehmen Vonovia angekündigt in diesem Jahr nicht zu bauen.

Eine Modellrechnung der NRW Bank geht davon aus, dass im Kreis Recklinghausen der Bestand von gefördertem Wohnraum bis zum Jahr 2030 um 30 % reduziert wird. Vor allem fehlt Wohnraum für Senioren und Familien mit mehr als einem Kind. Wir müssen deutlich mehr sozialen Wohnraum schaffen. Um genauere Zahlen zu bekommen haben wir im letzten Jahr die Aktualisierung des Handlungskonzeptes Wohnen in Auftrag gegeben. Für konkrete weitere Planungen, erwarten wir hier zeitnah die Ergebnisse.

Aktuell haben wir das Baugebiet Waldstadion. Doch was kommt dann? Und wer soll es machen? Personell sieht es derzeit in der Stadtplanung nicht gerade rosig aus. Hierzu müssen wir Lösungen finden und dazu gehört u.E. auch, dass wir unsere WVG mehr stärken und zu einer richtigen Wohnungsbaugesellschaft ausbauen.

Wie ich bereits eingangs erwähnt habe, müssen wir unsere Situation selbst gestalten, da wir uns nicht – zumindest nicht im notwendigen Umfang – auf Hilfe vom Land verlassen können. Ein herausragendes Beispiel für eine gute Selbstverwaltung ist die Vergabe der Wasserkonzession an unsere Stadtwerke. Ich bin davon überzeugt, dass diese Entscheidung mittel- bis langfristig zu einer deutlichen Stärkung und Verbesserung unserer kommunalen Möglichkeiten beiträgt. Die Konzessionsvergabe kann jedoch nur ein erster Schritt gewesen sein. Künftig geht es darum, die vielfältigen Chancen, die ein voll integriertes Stadtwerk bietet, auch für Waltrop zu nutzen. Wir sollten daher gemeinsam ausloten, was machbar ist und wie wir die Stadtwerke Waltrop im Sinne einer umfassenden Stadtentwicklungsstrategie weiterentwickeln wollen.

Ich habe zu Beginn ausgeführt, dass die Verwaltung vermutlich nicht in der Lage sein wird, alle notwendigen Maßnahmen zeitnah im laufenden Jahr umzusetzen. Die SPD-Fraktion hat bereits in vergangenen Haushaltsberatungen den Bau einer Toilettenanlage auf dem Herne-Bay-Platz beantragt. Es wurde beschlossen, dieses Thema im Rahmen des Innenstadtkonzeptes aufzugreifen.

Es ist kein Geheimnis, dass das Onlineshopping auf dem Vormarsch ist. Das derzeitige Konsumverhalten führt immer weiter zu Leerständen und zur Verödung der Städte. Laut dem deutschen Städte- und Gemeindeverbund hat die Coronakrise diesen Zerfall drastisch beschleunigt.

Die Einkaufsstadt ist tot, es lebe die Erlebnisstadt. Sie setzt auf Trinkwasserbrunnen, Sitzbänke, Gärten, Bauernmärkte und Fitnessplätze auch im Freien. So hätten die Innenstädte ihre beste Zeit noch vor sich, meinen die Zukunftsforscher. Wir sind gespannt, wie es in dieser Sache weitergeht und wann wir hier in unserer Stadt mit konkreten Ergebnissen rechnen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sie konnten vor Kurzem sowohl der örtlichen Presse als auch den Unterlagen zum Jugendhilfeausschuss entnehmen, dass voraussichtlich in Kürze nicht mehr alle Kinder in Waltrop einen Kitaplatz erhalten können. Es ist auch weiter mit steigendem Bedarf an Kita-Plätzen, zu rechnen. Daraus resultiert die Forderung nach einer weiteren Kita. Sie zu Errichten dauert aber bis zur Umsetzung mindestens drei Jahre. Man soll sich ja nicht mit anderen vergleichen, denen es schlechter geht als einem selbst. Aber ich darf an dieser Stelle die Frage stellen, welcher Stadt in der näheren Umgebung geht es so gut wie uns Waltropern? Welche Stadt im Umkreis war in den letzten Jahren in der Lage, allen Kindern einen geeigneten Betreuungsplatz anzubieten? Bisher konnten wir es. Gleichwohl werden wir nicht die Hände in den Schoß legen und nichts tun. Wir sollten die Zeit nutzen und gemeinsam mit

Jugendamt, Trägern und Eltern so etwas wie einen Waltroper Weg entwickeln um zu verhindern, dass Kinder künftig nicht angemessen betreut werden können.

Die Entwicklung des Standortes an der Hafenstraße mit dem Erhalt der Phönixschule ist ein Schritt in die Richtung. Daher gehört dies auch zu den Projekten, die eben keinen weiteren Aufschub dulden und unverzüglich vorangetrieben werden müssen.

Ein Anliegen, das ich bei dieser Gelegenheit ebenfalls gerne vortrage, ist der Ausbau des ÖPNV. Aus meiner persönlichen Sicht sollte in diesem Zusammenhang auch der schienengebundene Nahverkehr nicht aus dem Fokus geraten. Wir haben als Stadt Waltrop hier keine eigene Zuständigkeit. Die liegt, wie wir alle wissen, beim Kreis. Wir sind jedoch aufgefordert, zum Entwurf der künftigen Verkehrsplanung Stellung zu beziehen. Diese Stellungnahme darf aus unserer Sicht nicht allein durch die Verwaltung erfolgen, sondern sie ist politisch durch die zuständigen Gremien umfassend zu begleiten. Die Verwaltung wird daher gebeten, die Planungen des Kreises für Waltrop den Fraktionen zur Verfügung zu stellen, damit diese auch politisch diskutiert werden können.

Meine Damen und Herren, angesichts der Vielzahl von Aufgaben und Herausforderungen kann man sich zurecht die Frage stellen: „Ohne Moos nix los?“ – Die Antwort kann nur lauten: mitnichten! Auch ohne ausreichende Finanzpolster bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere Bürgerinnen und Bürger mit einer angemessenen Infrastruktur im Bildungs- und Sozialbereich, in der Kultur und im Verkehrsbereich, bei Sicherheit und Ordnung zu versorgen. Ich bin zuversichtlich, dass wir dies gemeinsam schaffen können.

Ich schließe meine Ausführungen mit einem Dank an den Kämmerer und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, die nicht nur bei der

Aufstellung des Haushaltsplans und seiner Anlagen mitgewirkt haben, sondern die mit Engagement und Fleiß nach Kräften diesen Haushalt auch umsetzen.

Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Uns alle fordere ich auf, bei allen anstehenden Maßnahmen gemeinsam um die besten Lösungen zu streiten und diese dann auch gemeinsam gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, gegenüber Aufsichtsbehörden und Landes- und Bundespolitik zu vertreten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.